

# Für gute Arbeit und Löhne im Einzelhandel

## Anforderungen an die Politik



Jutta Krellmann, MdB

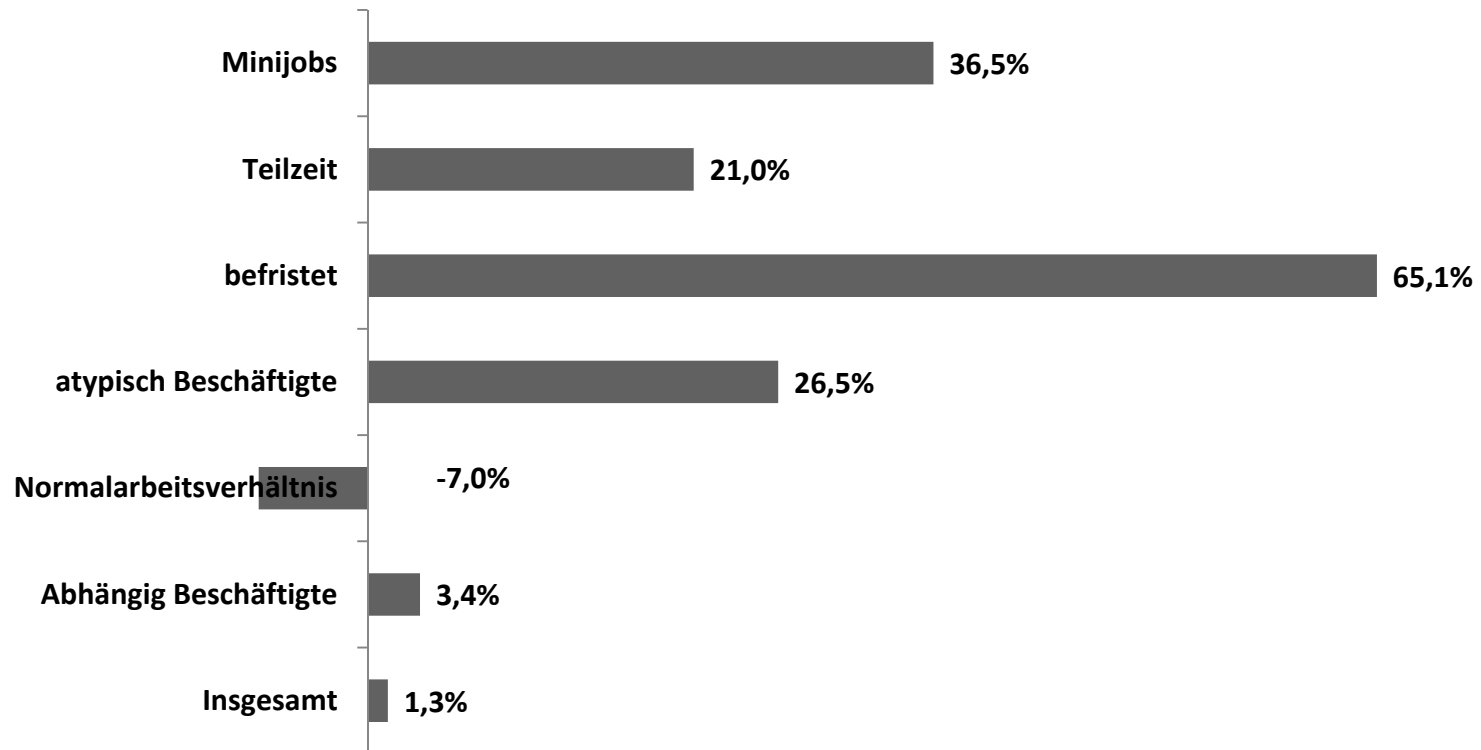
**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Eine unheilige Allianz

- in den zurückliegenden Jahren haben sich auf Kosten der Beschäftigten die Arbeitgeber und Politik gegenseitig die Bälle zugespielt
- Angriffe auf Tarifverträge wurden von „Arbeitsmarktreformen“ (Agenda 2010) begleitet
- auch für uns ist es notwendig, beide Bereiche mit einander zu verbinden
- Initiativen für einen politischen Kurswechsel und Tarifbewegungen können sich gegenseitig befruchten

# Der Einzelhandel als Experimentierfeld für flexible und prekäre Beschäftigung

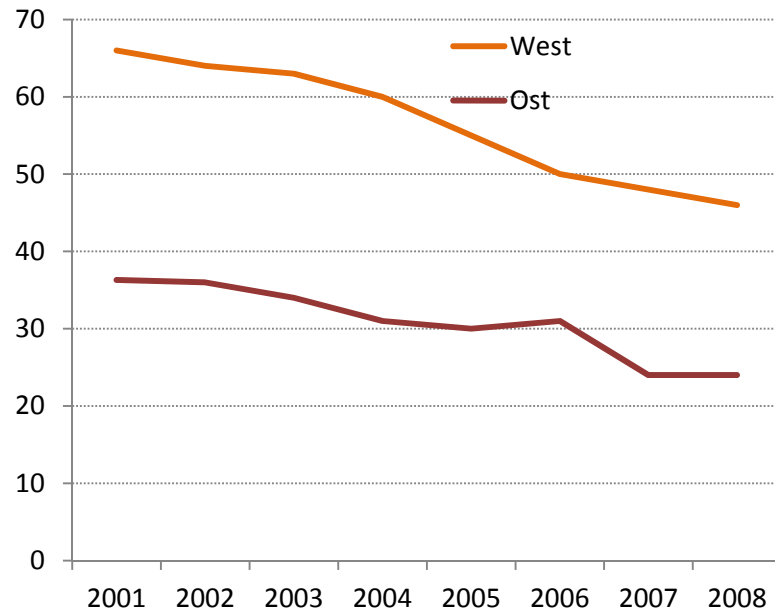
Entwicklung der Beschäftigung im Einzelhandel 2000-2011



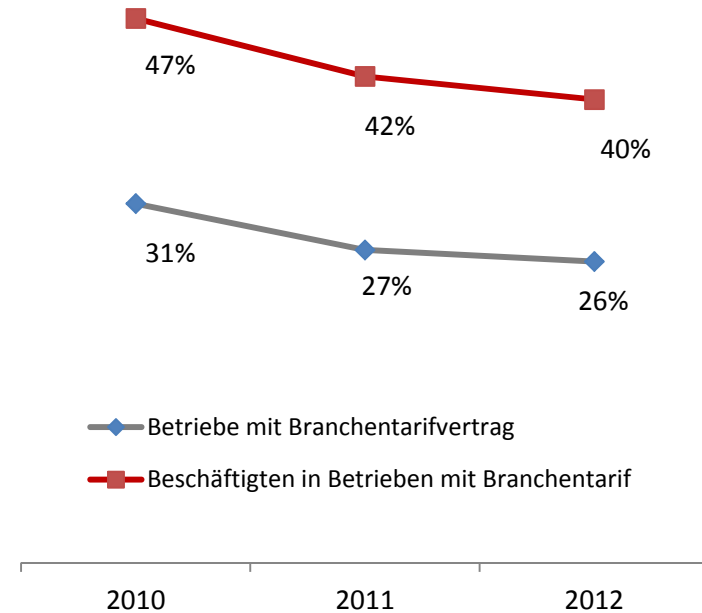
Quelle: Statistisches Bundesamt, Normalarbeitsverhältnis ist unbefristete Vollzeitarbeit

# Tarifflucht der Arbeitgeber

**Tarifbindung Branche Handel & Reparatur**  
2001-2008 Beschäftigte in Prozent



**Tarifbindung Einzelhandel 2010-2012**



Quelle: IAB Betriebspanel

# Prekäre Jobs und Tarifflicht führen zu

## Wachstum von Niedriglöhnen

- 2010 arbeiteten 34 Prozent aller Beschäftigten unter der offiziellen Niedriglohngrenze, 2001 waren es noch 27 Prozent

## Senkung des Lohnniveaus insgesamt

- Reallohnentwicklung (Bruttomonatsverdienste) 2002-2011: - 2,2%
- nach Angaben des statistischen Bundesamtes sank allein von 2006 bis 2010 der durchschnittliche Bruttostundenlohn von 13,05 € auf 12,43 €

## Subventionierung des Niedriglohnsektor durch Steuergelder

- jährlich im Schnitt 1,5 Mrd. Euro, 2007 -2011 insgesamt 7,53 Mrd. Euro

## Arbeitszeitflexibilisierung (mit der Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten)

- 2012 arbeiten 2,3 Millionen oder 78% der Erwerbstätigen im Einzelhandel am Wochenende, Feiertags, Abends oder in der Nacht. 1993 waren es noch 1,7 Millionen oder 61 % gewesen.

# Mehr Ausbeutung für höhere Profite

Die Ausweitung prekärer Jobs und Lohndrückerei haben zu einer enormen Umverteilung zu Gunsten der Unternehmen geführt

- **mehr Arbeitsdruck:** 43 Prozent der weiblichen Vollzeitbeschäftigten sagen, Stress und Arbeitsdruck haben im Einzelhandel in den vergangenen zwei Jahren deutlich zugenommen (Erwerbstätigenbefragung 2012)
- **mehr Umsatzproduktivität:** Bei 145.000 Euro lag 2012 der Umsatz pro Mitarbeiter im der Branchendurchschnitt. Das sind 6,7 % mehr als 2005.
- **Rekordwerte beim Pro-Kopf-Gewinn:** 601 € pro Monat und Arbeitnehmer im Jahr 2010 , nach 364 € im Jahr 2000.
- **steigende Unternehmensgewinne:** von 2000-2012 um 76% auf 20,8 Mrd. €

(Quelle: ver.di-Branchenreport Einzelhandel 2013)

# Notwendige politische Initiativen für mehr gute Arbeit & Löhne im Handel

## zentrale Forderungen der LINKEN

1. prekäre Beschäftigung eindämmen
2. Lohndumping unterbinden mit
  - einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn
  - einer erleichterten Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen

# Eindämmung prekärer Beschäftigung I

## **Befristungen zurückdrängen**

- Ketten- und sachgrundlose Befristung untersagen
- Befristung auf einmalig, längstens ein Jahr und wenige Sachgründe beschränken

## **Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umwandeln und Kleinstarbeitsverhältnisse beschränken**

- volle Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro
- Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit von mindestens 18 Stunden in der Woche



# Eindämmung prekärer Beschäftigung II

## **Leiharbeit**

- auf lange Sicht verbieten,
- als Sofortmaßnahme „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“,
- Überlassungshöchstdauer auf drei Monate beschränken,
- Mitbestimmungs- und Vetorechte der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit

## **Missbrauch und Lohndumping mittels Werkverträge wirksam unterbinden**

- Beweislastumkehr: Erfüllt eine Tätigkeit ein bestimmtes Merkmal, wird das Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses vermutet
- Informations- und Vetorecht für Betriebsräte bei Werkvertragsvergabe

# Eindämmung prekärer Beschäftigung III

## **Missbrauch von Praktikant/innen als billige Arbeitskräfte beenden:**

- Praktika innerhalb einer Ausbildung tariflich vergüten, jedoch monatlich mit mindestens 300 Euro. Gleiches gilt für Praktika als Berufseinstieg nach einer abgeschlossenen Ausbildung.

## **Lohndrücker- und Arbeitszwangprogramm Hartz IV überwinden**

Der Druck jede noch so schlechte Arbeit anzunehmen muss beseitigt werden!  
Stattdessen:

- eine sanktionsfreie soziale Mindestsicherung einführen,
- die Zumutbarkeitskriterien bei der Arbeitsvermittlung ändern:
  - Löhne unterhalb von 10 Euro, Leiharbeit und Minijobs sind nicht zumutbar,
  - Qualifikation wie vorherige Lohnhöhe sind zu berücksichtigen.

# gesetzlichen Mindestlohn einführen

## Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns

- als untere Haltelinie von mindestens zehn Euro
  - entspricht der derzeitigen nationalen Niedriglohnschwelle
  - ist nötig um bei Vollzeittätigkeit später im Alter nicht auf Grundsicherung angewiesen zu sein
- von einem Mindestlohn von 10 Euro in der Stunde würde nach Auskunft der Bundesregierung im Einzelhandel jede bzw. jeder dritte Beschäftigte (ohne Auszubildende) profitieren. Bei 8,50 Euro jeder bzw. jede Fünfte.
- nach seiner Einführung muss der Mindestlohn jährlich ansteigen, dabei ist mindestens die Produktivitäts- und Preisentwicklung zu berücksichtigen

# Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern

- der gesetzliche Mindestlohn ist nicht genug
- höhere Branchentarifverträge müssen leichter als bisher vom Gesetzgeber allgemeinverbindlich erklärt werden können, d.h.

## **1. auch ohne Zustimmung der Arbeitgeber**

- seit dem Jahr 2000 nutzen die Arbeitgeberverbände im Einzelhandel ihr Vetorecht, um die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge aufzukündigen
- damit wird Unternehmen die Tariffucht ermöglicht und die Tarifstruktur insgesamt unter Druck gesetzt

## **2. Repräsentativität des Tarifvertrages als Entscheidungskriterium**

- Tarifbindung im Einzelhandel 2012: 40 Prozent (West 42%, Ost 33%).
- 50%-Hürde als Kriterium für Allgemeinverbindlichkeitserklärung aufheben, stattdessen die Repräsentativität des Tarifvertrages festschreiben.

# Regulierung der Ladenöffnungszeiten und Flächenexpansion

## Ohne eine Reregulierung der Ladenöffnungszeiten keine gute Arbeit im Handel

- Spät, Nacht, Feiertags- und Sonntagsarbeit zurückführen
- ist nicht einfach. Als Erstes bieten sich Aktivitäten für einen „freien Sonntag“ an. Hier gibt es z.T. lokale Bündnisse und Allianzen. Debatte darüber unter den Bundesländern

## Dem Verdrängungswettbewerb in Folge ungezügelter Flächenexpansion entgegen wirken

- Ansiedlungspolitik stärker steuern, verschiedene Akteure von kommunaler Ebene bis Bund

# Was tun? Ein kleiner Ausblick

- ohne gesellschaftlichen Druck kein Politikwechsel!
- auch deshalb ist die aktuelle Streikbewegung wichtig. Ohne diese Aktivitäten bleiben Initiativen für gute Arbeit im Bundestag kraftlos
- Offen: Was bleibt von den Forderungen des SPD nach den Koalitionsverhandlungen mit der Union übrig?

## Zitat SPD-Parteikonvent:

Wir wollen, dass sich in Deutschland Arbeit wieder für alle lohnt. Wir wollen deshalb gerechte Löhne für gute Arbeit. Dazu zählt u.a. die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde (in Ost und West), die wirksame Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit und sogenannter „Werkverträge“, sowie die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen.

**In jedem Fall: Große Koalition braucht großen Druck!  
Streikbewegung im Einzelhandel ist  
richtungsweisend und braucht Unterstützung!**